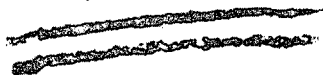


II-5429 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich



Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

2323 IAB

1992 -04- 02

zu 2349 J

Wien, am 1. April 1992  
GZ.: 10.101/31-X/A/1a/92

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 W i e n

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2349/J betreffend Zukunft des Kraftwerkes Zwentendorf, welche die Abgeordneten Marizzi und Genossen am 6. Februar 1992 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

Wurden Ihrer Information nach in der GKT oder einer übergreifenden Gesellschaft konkrete Beschlüsse zum Umbau des Kernkraftwerkes Zwentendorf in ein thermisches Kraftwerk gefaßt bzw. werden derartige Beschlüsse vorbereitet?

Antwort:

Der Vorstand der Verbundgesellschaft hat mir auf Anfrage mitgeteilt, daß im Rahmen der 66. a.o. Generalversammlung der GKT am 3.12.1990 beschlossen wurde, daß die GKT auf Basis des Verwertungsgutachtens der Firma BECHTEL ein technisch optimiertes

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 2 -

Ausschreibeprojekt für einen Umbau des Kraftwerkes in ein Gaskombikraftwerk erarbeiten soll, was derzeit erfolgt.

Punkt 2 der Anfrage:

Hat insbesondere der Aufsichtsrat der EVN an diesbezüglichen Beschlüssen bzw. Vorarbeiten mitgewirkt?

Hat es von Ihnen ein Gespräch oder einen Schriftverkehr mit dem Landeshauptmann von Niederösterreich gegeben und können Sie den Inhalt dieser Korrespondenz wiedergeben oder beilegen?

Antwort:

Es liegen mir über diesbezügliche Tätigkeiten des Aufsichtsrates der EVN, der im übrigen nicht Organ der GKT ist, keinerlei Informationen vor.

Diesbezüglich hat es kein Gespräch bzw. Schriftverkehr mit dem Herrn Landeshauptmann von Niederösterreich gegeben.

Punkt 3 der Anfrage:

Gibt es aus Ihrer Sicht Alternativen zum Umbau von Zwentendorf in ein Gaskraftwerk und welche umwelt-, energie- und wirtschaftspolitischen Aspekte sind damit verbunden?

Antwort:

Es ist Angelegenheit der Betreibergesellschaft des Kraftwerkes Zwentendorf, der Gemeinschaftskraftwerke Tullnerfeld Ges.m.b.H. (GKT), diesbezügliche Überlegungen anzustellen und die entsprechenden Schritte zu setzen. Die zuständigen Organe der Gesellschaft haben über die Möglichkeiten und Alternativen einer Verwendung des Kraftwerkes, zu denen auch ein allfälliger Umbau

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 3 -

bzw. eine Umrüstung der Anlage in ein Gaskombikraftwerk gehört,  
zu befinden und die hierfür erforderlichen Anträge auf behördliche  
Bewilligung bei den zuständigen Stellen einzubringen.



II-5439 der Beilagen zu den Stenographischen ProtokollenBUNDESMINISTERIUM  
FÜR

des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

WIEN,

31. III 1992

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Zl. 600/18-I.5/92

Schriftliche Anfrage der  
Abgeordneten zum National-  
rat Schmidtmeier und Ge-  
nossen betreffend Attrak-  
tivität Österreichs für  
Internationale Institutionen  
(Nr. 2489/J-NR/1992 vom  
27.2.1992)

2325 IAB  
1992 -04- 02  
zu 2489 IJ

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Schmidtmeier und Genossen haben am 27. Februar 1992 unter der Zl. 2489/J-NR/1992 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Attraktivität Österreichs für internationale Institutionen gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

- 1) Welche Strategien und Hilfestellungen gibt es in Ihrem Ressort, um internationale Organisationen und Institutionen nach Österreich zu bringen?
- 2) Mit welchen Organisationen bzw. Institutionen werden von Seiten Ihres Ressorts diesbezüglich derzeit konkrete Gespräche geführt?
- 3) Bei welchen internationalen Organisationen, Institutionen bzw. Vereinen sehen Sie Chancen, deren Sitz nach Österreich bringen zu können?
- 4) Welche derartigen Institutionen konnten aufgrund konkreter Aktivitäten Ihres Ressorts in dieser Legislaturperiode in Österreich angesiedelt werden?

./2

- 2 -

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1): Die Errichtung von Amtssitzen internationaler Organisationen in Österreich war und ist ein wesentliches Anliegen der österreichischen Außenpolitik, zu deren Umsetzung folgende Maßnahmen dienen:

1.1. Äußerst - auch im internationalen Vergleich - großzügige Angebote der Zurverfügungstellung der räumlichen Unterbringung, wie etwa die symbolische Miete von einem Schilling/pro Jahr für die im Vienna International Centre angesiedelten Organisationen, die auch für neu zu errichtende bzw. nach Wien zu verlegende Organisationen Anwendung findet.

1.2. Aktive und engagierte Mitarbeit Österreichs in den internationalen Organisationen und Institutionen, um auch damit die Bedeutung, die Österreich ihrer Tätigkeit und ihrem Wirken beimißt, zu unterstreichen.

1.3. Einen wesentlichen Faktor für die Aktivitäten Österreichs als Amtssitz internationaler Organisationen und Institutionen stellen auch die im Vergleich zu anderen Sitzstaaten sehr günstigen Bedingungen, die in Amtssitzabkommen und einschlägigen österreichischen Rechtsvorschriften eingeräumt werden, dar.

1.4. Auch die Einladung von ausländischen Journalisten bzw. Journalistengruppen dient dazu, die Attraktivität Österreichs als Standort internationaler Organisationen darzustellen und zu erläutern.

1.5. Da die Möglichkeiten des Ausbaus der Präsenz internationaler Organisationen ganz wesentlich von der Zahl der in Wien residenten Vertretungsbehörden abhängen, ist beabsichtigt, die Errichtung von Vertretungsbehörden aus Entwick-

./3

lungsländern durch mietfreie Zurverfügungstellung von entsprechendem Büroraum samt erforderlicher Infrastruktur zu fördern.

1.6. Besonders erwähnt sei hiebei das äußerst gedeihvolle Zusammenwirken meines Ressorts bei diesen Aktivitäten mit der Stadt Wien, die sich der Bedeutung der internationalen Präsenz für die Bundeshauptstadt voll bewußt ist.

Zu 2):

2.1. Im Bereich der Vereinten Nationen ist Österreich derzeit bemüht, die Verlegung verschiedener kleinerer UN-Einheiten im Bereich der Sozialagenden der Weltorganisation nach Wien zu erreichen; angesichts der in Gang befindlichen Restrukturierungsphase des UN-Sekretariates sind konkrete Aussagen noch nicht möglich.

2.2. Im Rahmen der Abrüstungskonferenz in Genf (CD) hat Österreich seine Bewerbung als Sitz der zu gründenden Chemiewaffen-Kontrollorganisation deponiert; eine Prognose darüber, welcher der vier Sitzkandidaten von der Staatengemeinschaft ausgewählt wird, ist derzeit nicht möglich. Die Bewerbung um diese Organisation ist völlig offen.

2.3. Mein Ressort ist derzeit bemüht, das Ständige Sekretariat der Donaugewässer-Schutzkommission in Wien einzurichten; das Interimssekretariat besteht vorläufig im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. Die Chancen, dieses Sekretariat definitiv für Wien zu gewinnen, können derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

2.4. Im Rahmen der Vorbereitungen für die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) ist mein Ressort derzeit bemüht, ein Beratungsprogramm der Vereinten Nationen für Umwelt- und Entwicklungspolitik zu schaffen, das beim Wiener Center for Social Development and Humanitarian Affairs eingerichtet werden könnte; das United

- 4 -

Nations Office Vienna ist in diese Vorarbeiten, deren endgültige Erfolgchancen noch offen sind, eingebunden.

2.5. Die Beratungen zur Vorbereitung der vorerwähnten Konferenz haben ferner ein gesteigertes Problembewußtsein hinsichtlich der Zusammenarbeit im Bereich der internationalen Energiepolitik gezeigt; sollte im Gefolge der UNCED über österreichische Anregung eine Konferenz über Energie und Umwelt in Wien stattfinden, so läge es nahe, zentrale UN-Energiestrukturen auch in Wien anzusiedeln; als Anknüpfungspunkte könnten die bereits in Wien ansässigen Organisationen IAEA, UNIDO und OPEC sowie auch die energiepolitische Forschungsarbeit des IIASA dienen.

2.6. Das angesehene Internationale Presseinstitut trägt sich mit der Absicht, seinen Sitz nach Wien zu verlegen; die diesbezüglichen Gespräche sind sehr weit fortgeschritten und die rechtlichen Voraussetzungen hierfür bereits geschaffen.

2.7. Ferner führt mein Ressort laufend Gespräche mit internationalen nichtstaatlichen Institutionen über ihre Über- bzw. Ansiedlung in Wien; um die diesbezüglichen Chancen nicht zu präjudizieren, möchte ich derzeit von einer namentlichen Nennung Abstand nehmen.

Zu 3):

Im Rahmen der Vereinten Nationen ist zurzeit nicht mit der Verlegung von gesamten Organisationen zu rechnen.

Bezüglich der Chancen für andere internationale Organisationen und Institutionen darf ich auf die diesbezüglichen Ausführungen unter lit. 2) verweisen.

./5

Zu 4):

- 4.1. Konfliktverhütungszentrum der KSZE.
- 4.2. Internationales Registeramt für audiovisuelle Werke der WIPO.
- 4.3. Europäisches Patentamt - Dienststelle Wien.
- 4.4. Verbindungsbüro der UNESCO.

4.5. Ferner wurden die mit Drogenkontrollfragen betrauten Einheiten der Vereinten Nationen zu einem United Nations Drug-Control-Programme zusammengefaßt, das gleichzeitig personell aufgestockt wurde und im Vienna International Centre seinen Sitz hat. Auch ein neues Programm der Vereinten Nationen für Verbrechenverhütung und Strafrechtswesen mit einer neugeschaffenen Kommission für dieses Gebiet wurde in Wien eingerichtet.

Der Bundesminister  
für auswärtige Angelegenheiten:

